



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Sozialdemokraten in Erfurt

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Sozialdemokraten in Erfurt



ie Spaltung, die Haltung des Parteivorstandes und das neue Programm — das sind die drei Erscheinungen auf dem letzten Sozialdemokratenkonzilium, die ein wenig erwogen werden wollen. Daß Parteien gasförmiger Natur zu fein pflegen und auf die Dauer nur durch äußern Druck zusammengehalten werden, ist eine alte Erfahrung. Wann die Sozialdemokraten anfangen würden, sich zu spalten, war also nach Aufhebung des Ausnahmegesetzes nur eine Frage der Zeit, und Auerbach, der Führer der Zungen, hatte ganz recht mit dem naiven Geständnis, das ihm in der konstituierenden Versammlung seiner Berliner Gesinnungsgenossen am 20. Oktober entfuhr: die jetzige Freiheit sei der Partei weit gefährlicher als die frühere Unterdrückung. Die Spaltung geht nun so naturgemäß wie möglich vor sich. Nach links hin zerrn die Ungeduldigen, die Hitzköpfe, die verbohrten Theoretiker, die Fanatiker, die ihr Paradies binnen Jahr und Tag fertig haben wollen und nach so kleinlichen Dingen wie Zahlen, Machtverhältnissen und Möglichkeiten nicht fragen. Nach rechts hin zieht Herr von Bollmar, der für das ihm in nebelhafter Ferne schwebende Paradies nur noch platonisch schwärmt und, um es mit den Worten seiner Gegner auszudrücken, die revolutionäre Proletariierpartei in eine die gegenwärtige Gesellschaftsordnung anerkennende, für die Besserung der Lage der Arbeiter wirkende „opportunistische“ oder „possibilistische“ Demokratenpartei verwandeln will. Wie viel oder wie wenig „Genossen“ den Mut finden werden, sich um die ausgeschlossenen Oppositionsführer zur Gründung einer neuen Partei zu scharen, bleibt abzuwarten. Bollmar und seine Baiern sind nicht exkommuniziert worden, und das bedeutet, daß der Parteitag vor ihnen die Segel gestrichen hat.

Bebel und Liebknecht mögen mit Worten dagegen protestiren, so viel sie wollen, thatsächlich haben sie längst den Boden betreten, auf dem Vollmar steht. Es ist daher gar nicht zu verwundern, daß dieser, wie Muerbach klagte, „so ganz anders behandelt wird“ als die Opposition. So kühn auch Bebel und Genossen bei jeder Gelegenheit verkündigen, daß sie dem Proletariat die politische Macht erobern wollen, so unterlassen sie es doch niemals, vorsichtig und bescheiden daran zu erinnern, wie weit sie noch von diesem Ziele entfernt sind. Vor dem Worte Anarchist bezeugen sie einen so unverstellten Abscheu, wie ihn nur ein richtiger Bourgeois empfinden kann; jeden Aufruhrversuch nennen sie Wahnsinn und jeden, der zu einem solchen Lust hat, einen Rindskopf, und warnend prophezeien sie, daß die Genossen, wenn sie wirklich so toll sein sollten, wie Spazzen zusammengeschoffen werden würden. Nur auf gesetzlichem Wege könne man sich allmählich dem Ziele nähern. Freilich, sagte Liebknecht in der Verhandlung am 16. den Jungen, „können nicht alle Fragen auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst werden, aber zeige man uns doch einen andern Weg! Ich sehe nur noch den der Gewalt, und dieser führt zum Anarchismus, und den gehen wir nicht mit!“ Ja Bebel geruhete sogar, sich zu einer halb und halb patriotisch klingenden Äußerung herabzulassen: „Wir sind vor allen Dingen Deutsche, greift man unser deutsches Vaterland an, so sind wir daran ebenso interessiert wie die herrschenden Klassen.“ Ganz gewiß ist Bebel sehr stark interessiert, denn wenn er auch noch nicht erster Klasse fährt wie Singer und sich noch nicht so feiner gesellschaftlicher Verbindungen erfreut wie Herr von Vollmar, so ist er doch ein gutsituirter Bourgeois und zärtlicher Familienvater. Er weist demnach auch den Vorwurf Vollmars zurück, er habe auf den nahen Krieg spekulirt, von dem er den „großen Kladderadatsch“ erhoffe. Wir glauben ihm; er ist gewiß so weit wie wir davon entfernt, einen großen Kladderadatsch zu wünschen, denn über die Jahre und die Lagen, wo man eine kindische Freude daran hat, wenn alles drunter und drüber geht, ist er glücklich hinaus. Wenn er in Volksversammlungen den nahen Zusammenbruch der „verrotteten Gesellschaft,“ der kapitalistischen Wirtschaft prophezeit, so geschieht es nur, um die „Rindsköpfe“ warm zu halten. Das hat er in der Sitzung am 19. selbst eingestanden. Begeisterung, sagt er da, ist es, was wir vor allem brauchen; wie sollen wir aber die Leute begeistern, wenn wir, wie Vollmar will, ihnen sagen, das Ziel liege in weiter Ferne? Darin hat Bebel Recht; nichts ist geeigneter, die Massen zu entflammen und fortzureißen, als der feste, der fanatische Glaube an die nahe Verwirklichung eines phantastisch großartigen Zieles. Die Sache hat nur einen Haken: zündet die Begeisterung, so mögen die „Rindsköpfe“ nicht länger stillsitzen und abwarten, sondern schlagen los und lassen sich wie die Spazzen totschießen. Gelingt es aber, sie zu zügeln, und dauert die Geschichte zu lange, so schwindet mit dem Feuer der Begeisterung auch der Glaube. Da nun die

Parteileitung das zweite Übel als das kleinere vorzieht, so wird ihr nichts übrig bleiben, als den von Bollmar empfohlenen Weg einzuschlagen, den sie ja nach ihrem eignen Geständnis eigentlich bereits betreten hat, wenn auch widerwillig, zögernd und mit allerlei Vorbehalten und Verwahrungen. Die Fraktion, sagte Mollenbuhr in seinem Bericht am ersten Beratungstage, stehe nicht auf dem Standpunkte der Opposition, die es tadle, daß man sich vor der Hand mit kleinen Fortschritten in der Verbesserung der Lage der Arbeiter begnüge. Die Fraktion habe es für ihre Pflicht gehalten, auch kleine Vorteile anzunehmen, ohne dabei das letzte Ziel aus den Augen zu verlieren. Damit ist der unheilvolle Grundsatz aufgegeben: es muß erst ganz schlecht werden, damit wir es dann durch allgemeinen Umsturz mit einem Schlage gutmachen können. Hoffen wir, daß die Herren mit der „neuen Taktik“ Ernst machen, in den Volksvertretungen weniger nörgeln und mehr mitarbeiten als bisher! Auch einige Änderungen des Programms enthalten Zugeständnisse in demselben Sinne. Den beiden vorjährigen Zugeständnissen, daß man die Religion für Privatsache erklärte und die Redensart vom „ehernen Lohngesetz“ fallen ließ, sind diesmal zwei weitere gefolgt. Die „reaktionäre Masse“ ist gestrichen worden. Der Ausdruck, sagte Liebknecht, sei zwar in einer Agitationschrift zulässig, aber nicht in einem Programm, denn er sei ungenau. Erstens bildeten die Gegner keine gleichartige Masse, und zweitens sei das Wort reaktionär ein unwissenschaftliches Wort, weil es der bestimmten Bedeutung ermangle. Das andre Zugeständnis machte Liebknecht allerdings nur für seine Person. Den Streit darüber, ob die sozialistische Gesellschaft noch einen Staat kennen würde, äußerte er bei der Erläuterung des Programms, halte er für einen bloßen Wortstreit; was sei denn der Staat anders als eine Ordnung oder Organisation? Sehr richtig! Gelänge es in diesem Augenblicke, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, so würden wir in Deutschland eine Republik haben mit Herrn Bebel als Präsidenten und Herrn Liebknecht als Minister der öffentlichen Arbeiten. Ohne Finanzminister würde es nicht drei Tage gehen (ob dieser Beamte den für die Gemeinschaft erforderlichen Anteil am Nationalprodukt in Geldform oder in natura einzöge, das würde am Wesen seines Amtes nichts ändern), und nach und nach würden sich die übrigen Ministerien einstellen, das Kriegsministerium vielleicht zu allererst, denn die Nachbarn würden nicht säumen, sich bei dem großen Freudenstchmause des reich gewordenen Proletariats zu Gäste zu bitten und die neue Ordnung auf ihre Festigkeit zu prüfen.

Das neue Programm beginnt mit einem kurzen Abriss der volkswirtschaftlichen Lehren des Sozialismus. Zuerst wird dargelegt, wie die gegenwärtige Entwicklung darauf abziele, den Kleinbetrieb zu zerstören, den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln zu trennen, die Früchte der durch die Maschinen gesteigerten Produktivität verhältnismäßig wenigen Großkapitalisten zuzuwenden

und das Dasein der sich stetig mehrenden besitzlosen Arbeiter immer unsicherer und elender zu machen. Das ist nichts anderes, als was auch Rodbertus sagt, und was wir selbst in diesen Hefen oft genug gesagt haben. Auch folgenden Satz können wir mit Vorbehalt unterschreiben: „Das Privateigentum an Produktionsmitteln, das ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinbürger zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen.“ Wir unterschreiben ihn natürlich nur mit dem Vorbehalt, daß die Zahl der kleinen Besitzer, die selbst arbeiten und sich demnach des Genusses ihres vollen Arbeitsprodukts erfreuen, Gott sei Dank noch groß ist, daß es genug Kapitalisten giebt, die nicht als müßige Rentenempfänger leben, sondern als Unternehmer und Leiter arbeiten, und darunter wieder viele, die den gemeinsamen Arbeitsertrag mit ihren Arbeitern nach einem gerechten und billigen Maßstabe teilen, und daß es nicht an gesetzlichen Mitteln fehlt, dem Expropriationsprozeß, wo er wirklich nach dem sozialistischen Programm vor sich geht, Einhalt zu thun. Mit diesem dreifachen Vorbehalt ist schon der Punkt angedeutet, wo wir uns von dem sozialistischen Programm trennen. Marx hatte sich als Hegelianer in den Glauben verrammt, der eingeleitete Expropriationsprozeß müsse in allen Kulturstaaten bis zur gänzlichen Vernichtung des kleinen und mittlern Besitzes fortschreiten; dann werde die Wirtschaft mit Privatkapital durch die „Expropriation der Expropriateure“ plötzlich ins Gegenteil, in die Wirtschaft mit Gemeinbesitz umschlagen. So reinlich und radikal vollziehen sich aber die weltgeschichtlichen Umschläge nicht. Weder ist an eine gänzliche Vernichtung des Kleinbesitzes noch an eine durchgreifende Verdrängung des Privatbesitzes durch den Gemeinbesitz zu denken. Sondern die Völker sind verständig genug, durch Maßregeln zur Befestigung und Wiederherstellung des Kleinbesitzes und durch Einführung von Gemeinbesitz (z. B. durch die Eisenbahnverstaatlichung) der Katastrophe vorzubeugen. Demnach ist es ein Irrtum, wenn das neue Programm in Übereinstimmung mit dem alten die Verwandlung des Privatbesitzes in den Gemeinbesitz und der Einzelproduktion in die Gesellschaftsproduktion als das einzige und unfehlbare Heilmittel für alle sozialen Nöte empfiehlt.

Daß „die Interessen der Arbeiterklassen in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen“ seien, wie es weiter in dem ersten theoretischen Teile des Programms heißt, wird leider bis zu einem gewissen Grade so lange richtig bleiben, als das Großkapital international ist und die Volkswirtschaft von der Weltwirtschaft abhängt. Freilich pflegen bei den Arbeitern der übrigen Nationen, namentlich bei den französischen, in jedem Konflikt zwischen den Interessen des internationalen Proletariats mit denen der Nation die erstern hinter die letztern zurückzutreten, und wie schön wäre es, wenn wir

dem deutschen Arbeiterstande dasselbe nachrühmen könnten; diesen jedoch patriotischer zu machen, ist leider das Verhalten des deutschen Großkapitals wenig geeignet. Man braucht weder Proletarier noch Sozialdemokrat zu sein, um sich von der „nationalen Wirtschaftspolitik“ jener Herren angewidert zu fühlen, die sich einen Teil ihrer Erzeugnisse von ihren deutschen Landsleuten teuer bezahlen lassen, um den andern Teil im Auslande desto billiger verkaufen zu können.

Die sozialdemokratische Partei glaubt, wie es weiter heißt, ihr soziales Programm nicht durchführen zu können, wenn sie nicht die politische Macht erlangt. Das stimmt schlecht zu dem vorgegeschützten Glauben, der Kapitalismus müsse auf dem Wege der natürlichen Entwicklung von selbst in den Sozialismus umschlagen. Doch wollen wir darüber mit den Herren nicht rechten; es liegt in der Natur thatkräftiger Menschen, daß sie der Entwicklung ein wenig nachzuhelfen bemüht sind. Für die Zeit, wo sie die Macht, d. h. also doch allermindestens die Mehrheit im Reichstage haben werden, stellen sie in dem zweiten, praktischen Teile ihres neuen Glaubensbekenntnisses ein politisches Programm auf. Es ist ein Programm für Kindsköpfe, denn nur solche können glauben, daß eine ultrademokratische Verfassung, die allenfalls für das Bauern- und Hirtenvölklein von Uri paßt, in einem modernen Großstaate durchgeführt werden könne. Da Herr Bebel an diesem Verfassungsentwurfe mitgearbeitet hat, so versteht sich von selbst, daß darin die hochkomische Zuthat der politischen Gleichberechtigung der Frauen nicht fehlt. Über einige der Punkte, die dann noch „zunächst zum Schutze der Arbeiterklasse“ gefordert werden, wird sich reden lassen, da es sich dabei nur um ein Mehr oder Weniger von Maßregeln handelt, deren Berechtigung und Notwendigkeit allerseits grundsätzlich zugestanden werden. Einige andre Forderungen halten wir für unbedingt verwerflich. Wir heben nur eine hervor, weil sie ein grelles Licht auf die innere Verwandtschaft der Sozialdemokratie mit dem Liberalismus wirft: „Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gefindeordnung.“ Es wäre interessant, zu sehen, wie sich ein Liberaler anstellen würde, wenn er diese Forderung zurückweisen sollte. Auch die in den Verhandlungen zu Erfurt oft wiederkehrende Betenerung der gemäßigten Sozialdemokraten, womit sie die Fanatiker zu beschwichtigen suchten, daß sie ja gar nicht daran dächten, sich der Regierung und den herrschenden Parteien für etwaige arbeiterfreundliche Gesetze zu Dank verpflichtet zu fühlen, entspricht streng dem zuerst von Adam Smith förmlich zum Dogma erhobnen liberalen Grundsätze, daß im politischen und wirtschaftlichen Leben nur die Selbstsucht walten dürfe.

Verweilen wir noch einen Augenblick bei dem schon oft ausgesprochenen, wenn auch begreiflicher Weise von den Liberalen heftig bekämpften Satze, daß der Sozialismus das Kind des Liberalismus sei. Uns können sie es nicht

übel nehmen, denn wir machen ihnen keinen Vorwurf daraus. Halten wir doch die großen Parteien für notwendige und berechtigte Gebilde, und einer von ihnen aus den unliebsamen Folgen, zu denen die strenge Durchführung ihrer Grundsätze führt, einen Vorwurf machen, das wäre unsrer Ansicht nach ungefähr ebenso gescheit, wie wenn man den Löwen unmoralisch nennen wollte, weil er kein Gras frisst, oder den Sturm, weil er den Feuerfunken weiter trägt. Indem der Liberalismus die Stände und Korporationen zerstört und jeden Einzelnen ausschließlich auf seine eigene Kraft verweist, führt er zur Herrschaft der wenigen Starken, Klugen und vom Glück begünstigten über die unbeholfene Masse, die dann schließlich, nachdem sie sich der Macht der großen Zahl bewußt geworden ist, gegen jene wenigen gemeinschaftliche Sache macht, sodaß also, soviel am Liberalismus liegt, die Weltgeschichte wirklich nach dem Programm von Marx verlaufen müßte. Und indem der Liberalismus alle patriarchalischen Herrschafts- und knechtischen Abhängigkeitsverhältnisse löst und alle männlichen Wesen, die ein gewisses Alter erreicht haben — die richtige Grenze ist schwer zu finden —, für gleichberechtigte Staatsbürger und den Willen der Mehrheit für Gesetz erklärt, erklärt er damit zugleich die Proletarierherrschaft für berechtigt und selbstverständlich in dem Falle, daß die Mehrzahl der Männer eines Volkes aus Proletariern besteht. Auch die Weiberemanzipation und das Frauenstimmrecht ist nach liberalen Grundsätzen schwer abzuweisen, sobald es einige Millionen selbständig erwerbender Frauen im Staate giebt.

Demnach hängen die Aussichten der Sozialdemokratie davon ab, wie weit andre Kräfte vorhanden sind — wir sagen nicht konservative Kräfte, weil das Wort konservativ allerlei hierher nicht passende Nebenbedeutungen hat —, die den liberalen in wirtschaftlicher und in sozialer Beziehung das Gleichgewicht halten: wie weit es einerseits gelingen wird, den kleinern und mittlern Privatbesitz vor dem Rachen des Großkapitals zu retten, und ob andererseits der organische Trieb der Gesellschaft stark genug sein wird, den scheußlichen Klassengegensatz durch ständische und korporative Bildungen und Pietätsverhältnisse zu überwinden. Solche Bestrebungen zu erleichtern, zu fördern, zu unterstützen, ist die wichtigste Aufgabe des Staates auf diesem Gebiete; was er außerdem thut und thun kann, ist von zweifelhaftem Werte. Repression hilft zwar für den Augenblick, wenn auch mehr zum Scheine als wirklich, steigert aber nicht bloß die Verbitterung der zunächst betroffenen, sondern auch, weil sie viel Geld kostet und die Bewegungsfreiheit im allgemeinen beschränkt, die allgemeine Not und daher die allgemeine Unzufriedenheit. Die Zwangsversicherung, so wohlthätig sie im einzelnen empfunden werden mag, führt nicht allein auf eine abschüssige staatssozialistische Bahn, auf der zur rechten Zeit Halt zu machen schwierig sein wird, sondern befestigt auch den Klassengegensatz, anstatt ihn zu schwächen und zu mildern. Schutzmaßregeln für die

Jugend werden nötig werden, wenn die Sozialdemokraten ihren Vorsatz ausführen, sich auf die Fabrikation von Jugendschriften zu verlegen; aber ob damit mehr ausgerichtet sein würde, als mit dem längst gehandhabten Schutze gegen sonstige schlechte Lektüre, das wäre immer noch die Frage. Hoffen wir, daß die von der Parteileitung anzustellenden Dichter recht ungenießbares Zeug schreiben, das wäre der beste Schutz. Eine Presse endlich, die, ohne im Dienste einer Partei zu stehen, belehrend, Verständigung fördernd, die Gegensätze mildernd wirkt, ohne zu ermüden, wird sehr wesentlich dazu beitragen, daß die Ereignisse, wie sie sich auch immer gestalten mögen, einen ungefährlichen Verlauf nehmen.



Deutsche Neger

Von Ernst Henrici

(Schluß)



n der ursprünglichsten Weise und doch in klarer Weise offenbart sich das Geistesleben der Völker in seiner Sprache: sie allein ist Gemeingut des ganzen Volkes, in ihrer Handhabung tritt auch der geistige Standpunkt des Einzelnen klar hervor. Die Sprache des Ephenvolkes ist grammatisch sehr scharf durchgebildet. Sie bedient sich zur Darstellung der Formen überwiegend hinten angefügter Silben (Suffixe), seltener der Vorsilben (Präfixe). Es giebt in ihr genau dieselben Redeteile, wie in den arischen Sprachen; die Nomina bilden die Mehrzahl stets durch Anhängung von wo, das ursprünglich das persönliche Fürwort sie als Plural ist. Nur der Dahomedialekt bildet den Plural auf le (diese); so heißt z. B. so das Pferd, Plural sowo, im Dahomedialekt sole. Das Zahlensystem ist dekadisch, doch läßt sich aus dem etwas altertümlichen Dahomedialekt noch erkennen, daß in älterer Zeit eine pentadische Grundlage bestand: man zählte also stets nur die fünf Finger einer Hand durch, während das neuere System die zehn Finger beider Hände als Grundlage nimmt. In der Konjugation bestehen vier Zeitformen: Präsens, Perfekt, Futur und ein Morist, nebst deren Infinitiven, Imperativen und sogar einem Partizip. Kurz, schon die Formenbildung ist reich. Noch weiter aber entfaltet der Sprachgenius seine Kraft im Satzbau. Die Worte haben nicht nur eine kräftige Sinnlichkeit bewahrt, sondern diese Sinnlichkeit wird noch erhöht durch die Fügung der Worte, besonders beim Verbum. Der Epheneger sagt nicht: